

N° 657.

**ALLEMAGNE ET UNION DES
RÉPUBLIQUES SOCIALISTES
SOVIÉTISTES**

Accord complémentaire de l'Accord
germano-russe conclu à Rapallo
le 16 avril 1922, signé à Berlin le
5 novembre 1922.

**GERMANY AND THE UNION
OF THE SOCIALIST SOVIET
REPUBLICS**

Supplementary Agreement to the
German-Russian Agreement con-
cluded at Rapallo, April 16, 1922,
signed at Berlin, November 5, 1922.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 657. — ERGÄNZUNGSABKOMMEN¹ ZU DEM DEUTSCH-RUSSISCHEN ÜBEREINKOMMEN², GESCHLOSSEN ZU RAPALLO 16. APRIL 1922, GEZEICHNET ZU BERLIN, 5. NOVEMBER 1922.

Texte officiel allemand communiqué par le Consul d'Allemagne à Genève³. L'enregistrement de cet accord a eu lieu le 18 juillet 1924.

German official text communicated by the German Consul at Geneva³. The registration of this Agreement took place July 18, 1924.

Der Bevollmächtigte DER DEUTSCHEN REGIERUNG, nämlich der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amte Freiherr von MALTZAN und der Bevollmächtigte DER REGIERUNG DER UKRAINISCHEN SOZIALISTISCHEN SOWJET-REPUBLIK, nämlich Herr Waldemar AUSSEM, Mitglied des Allukrainischen Zentralexekutivausschusses, sowie der Bevollmächtigte DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN SOWJET REPUBLIK VON WEISSRUSSLAND, SOZIALISTISCHEN SOWJET REPUBLIK VON GEORGIEN, ASERBEIDSCHANER SOZIALISTISCHEN SOWJET REPUBLIK, SOZIALISTISCHEN SOWJET REPUBLIK VON ARMENIEN, REPUBLIK DES FERNEN OSTENS, nämlich der bevollmächtigte Vertreter und Botschafter der RUSSISCHEN SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN SOWJET REPUBLIK in Berlin Herr Nikolaus KRESTINSKI,

sind nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Bestimmungen übereingekommen :

Artikel 1.

Der in Rapallo am 16. April 1922 unterzeichnete Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet Republik soll auch im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und

1. der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet Republik,
2. der Sozialistischen Sowjet Republik von Weissrussland,
3. der Sozialistischen Sowjet Republik von Georgien,
4. der Aserbeidschaner Sozialistischen Sowjet-Republik,
5. der Sozialistischen Sowjet Republik von Armenien,
6. der Republik des Fernen Ostens,

— nachstehend als mit der R. S. F. S. R. verbündete Staaten bezeichnet — andererseits entsprechende Anwendung finden. Hinsichtlich des Artikel 2 des Vertrags von Rapallo gilt dies für die bis zum 16. April 1922 erfolgte Anwendung der dort bezeichneten Gesetze und Massnahmen.

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 26 octobre 1923.

² Vol. XIX, page 247 de ce Recueil.

³ Voir renvoi vol. II page 60 de ce Recueil.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, October 26, 1923.

² Vol. XIX, page 247, of this Series.

³ See foot note. Vol. II page 60 of this Series.

Artikel 2.

Es besteht zwischen der Deutschen Regierung und der Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet Republik Einigkeit darüber, dass die Feststellung und Verrechnung derjenigen Forderungen vorbehalten bleibt, welche etwa zugunsten der Deutschen Regierung oder der Ukrainischen Regierung nach Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und der Ukraine — und zwar in dem Zeitraum, während dessen deutsche Truppen in der Ukraine anwesend waren — entstanden sind.

Artikel 3.

Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Teile, die sich auf dem Gebiete des anderen Teiles befinden, geniessen dort vollen Rechtsschutz ihrer Person nach Massgabe des Völkerrechts und der allgemeinen Gesetze des Aufenthaltstaats.

Den deutschen Reichsangehörigen, die sich unter Beachtung der passgesetzlichen Vorschriften auf das Gebiet der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten begeben oder sich zur Zeit bereits dort aufhalten, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten sowie des auf dem Boden der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten erworbenen Eigentums gewährleistet, sofern der Erwerb und die Verwendung desselben den Gesetzen des Aufenthaltsstaats oder den mit den zuzuständigen Organen desselben besonders getroffenen Vereinbarungen entspricht. Für die Ausfuhr des in den mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten erworbenen Vermögens sind, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen werden, die Gesetze und Vorschriften der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten massgebend.

Artikel 4.

Die Regierungen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten sind berechtigt, in Deutschland an denjenigen Orten, wo sich ihre diplomatische Vertretung oder eine ihrer Konsularbehörden befindet, staatliche Handelsstellen einzurichten, welche dieselbe Rechtsstellung haben sollen wie die russische Handelsvertretung in Deutschland. In diesem Falle sind sie verpflichtet, alle Rechtshandlungen als verbindlich für sie anzuerkennen, die entweder der Leiter ihrer Handelsstelle oder die von diesem bevollmächtigten Beauftragten, letztere im Rahmen der ihnen erteilten Vollmachten, vornehmen.

Artikel 5.

Zur Erleichterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche einerseits und den mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten andererseits werden folgende Grundsätze vereinbart :

1. Die zwischen deutschen Reichsangehörigen, deutschen juristischen Personen oder deutschen Firmen -einerseits und zwischen den Regierungen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten oder ihren im Artikel 4 genannten staatlichen Handelsstellen oder den diesen Staaten angehörigen natürlichen oder juristischen Personen oder Firmen-andererseits abgeschlossenen Verträge und deren wirtschaftliches Ergebnis werden nach den Gesetzen des Staates in dem sie abgeschlossen werden, behandelt und unterliegen der Gerichtsbarkeit dieses Staates. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf die Verträge, die vor Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags abgeschlossen worden sind.

2. Die unter Ziffer 1 erwähnten Verträge können mit einer Schiedsklausel versehen werden. Auch kann in ihnen die Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit eines der vertragsschliessenden Staaten vereinbart werden.

Artikel 6.

Die mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten gestatten den Personen, welche die deutsche Reichsangehörigkeit besessen, aber verloren haben, sowie ihren Ehefrauen und Kindern die Ausreise, wenn damit nachweislich die Uebersiedelung nach Deutschland verbunden wird.

Artikel 7.

Die beiderseitigen Vertretungen und die bei ihnen beschäftigten Personen sind verpflichtet, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaats zu enthalten.

Artikel 8.

Dieser Vertrag kann in Ansehung der vorstehenden Artikel 3 bis 6 sowie in Ansehung der entsprechenden Anwendung des Artikel 4 des Vertrags von Rapallo mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden.

Die Kündigung kann von Deutschland gegenüber jedem einzelnen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten mit ausschliessender Wirkung für sein Verhältnis zu diesem und umgekehrt von jedem einzelnen dieser Staaten gegenüber Deutschland mit ausschliesslicher Wirkung für das Verhältnis zwischen diesem einzelnen Staate und Deutschland ausgesprochen werden.

Wird der gekündigte Vertrag nicht durch einen Handelsvertrag ersetzt, so sind die beteiligten Regierungen berechtigt, nach Ablauf der Kündigungsfrist zur Abwicklung der bereits eingeleiteten Handelsgeschäfte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen. Die Kommissionsmitglieder gelten als Agenten ohne diplomatischen Charakter und haben die Abwicklung der Geschäfte längstens innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf dieses Vertrags zu erledigen.

Artikel 9.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Zwischen Deutschland einerseits und jedem einzelnen der mit der R. S. F. S. R. verbündeten Staaten andererseits werden besondere Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Mit diesem Austausch tritt der Vertrag im Verhältnis zwischen den am Austausch beteiligten Staaten in Kraft.

AUSGEFERTIGT, den 5. November 1922

(L. S.) (gez.) MALTZAN.
(L. S.) (gez.) W. AUSSEM.
(L. S.) (gez.) N. KRESTINSKI.

¹ TRADUCTION.

No. 657. — ACCORD COMPLÉMENTAIRE DE L'ACCORD GERMANO-RUSSE CONCLU A RAPALLO LE 16 AVRIL 1922, SIGNÉ A BERLIN LE 5 NOVEMBRE 1922.

Le plénipotentiaire du GOUVERNEMENT ALLEMAND, M. le baron von MALTZAN, directeur au Ministère des Affaires étrangères, et le plénipotentiaire du GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DES SOVIETS DE L'UKRAINE, M. Waldemar AUSSEM, membre du Comité exécutif central pan-ukrainien, ainsi que le plénipotentiaire du GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DES SOVIETS DE LA RUSSIE BLANCHE, DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DES SOVIETS DE GÉORGIE, DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DES SOVIETS DE L'AZERBAIDJAN, DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DES SOVIETS D'ARMÉNIE, DE LA RÉPUBLIQUE DE L'EXTRÊME-ORIENT, M. Nikolaus KRESTINSKI, représentant plénipotentiaire et ambassadeur de LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE FÉDÉRATIVE DES SOVIETS DE RUSSIE, à Berlin

après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article I.

Le Traité conclu à Rapallo, le 16 avril 1922, entre le Reich allemand et la République socialiste fédérative des Soviets de Russie, sera également applicable, *mutatis mutandis*, entre le Reich allemand, d'une part et

1. la République socialiste des Soviets de l'Ukraine,

2. la République socialiste des Soviets de la Russie Blanche,

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 657. — SUPPLEMENTARY AGREEMENT TO THE GERMAN-RUSSIAN AGREEMENT CONCLUDED AT RAPALLO, APRIL 16, 1922, SIGNED AT BERLIN NOVEMBER 5, 1922.

The plenipotentiary of the GERMAN GOVERNMENT, namely Freiherr von MALTZAN, Permanent Under-Secretary for Foreign Affairs; the plenipotentiary of the SOCIALIST SOVIET REPUBLIC OF THE UKRAINE, namely, Herr Waldemar AUSSEM, Member of the Central Executive Committee for all Ukraine, and also the plenipotentiary of the GOVERNMENT OF THE SOCIALIST SOVIET REPUBLIC OF WHITE RUSSIA, THE SOCIALIST SOVIET REPUBLIC OF GEORGIA, THE SOCIALIST SOVIET REPUBLIC OF AZERBAIJAN, THE SOCIALIST SOVIET REPUBLIC OF ARMENIA, and THE REPUBLIC OF THE FAR EAST, namely Herr Nikolaus KRESTINSKI, plenipotentiary and Ambassador of the RUSSIAN SOCIALIST FEDERAL SOVIET REPUBLIC in Berlin,

having communicated their full powers, which were found in good and due form, agreed to the following provisions :

Article I.

The Treaty signed at Rapallo, on April 16, 1922, between the German Reich and the Russian Socialist Federal Soviet Republic shall apply, *mutatis mutandis*, to the relations between the German Reich, on the one hand, and

(1) the Socialist Soviet Republic of the Ukraine,

(2) the Socialist Soviet Republic of White Russia,

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

3. la République socialiste des Soviets de Géorgie,
 4. la République socialiste des Soviets de l'Azerbaïdjan,
 5. la République socialiste des Soviets d'Arménie,
 6. la République de l'Extrême-Orient,
 désignées ci-dessous sous le nom d'Etats alliés à la R. S. F. S. R.

Au regard de l'article 2 du Traité de Rapallo, il en sera de même en ce qui concerne l'application qui a eu lieu jusqu'au 16 avril 1922 des lois et mesures désignées dans cet article.

Article 2.

Le Gouvernement allemand et le Gouvernement de la République socialiste des Soviets de l'Ukraine reconnaissent que la question des créances revendiquées par le Gouvernement allemand ou le Gouvernement ukrainien, dont l'origine est postérieure à la cessation de l'état de guerre entre les deux Parties et remonte à la période pendant laquelle des troupes allemandes séjournaient en Ukraine, reste pendante, et se réservent de déterminer le montant et d'effectuer le décompte de ces créances.

Article 3.

Les ressortissants de l'une des Parties contractantes séjournant sur le territoire de l'autre Partie y ont droit, pour leur personne, à toutes les garanties légales prévues par le droit des gens et les lois générales de l'Etat de séjour.

Tous les biens emportés ou acquis sur le territoire des Etats alliés à la R. S. F. S. R. par les ressortissants du Reich allemand qui se sont rendus dans le territoire de ces Etats après s'être conformés aux prescriptions légales relatives aux passeports, ou qui y séjournent déjà actuellement, seront inviolables, à condition que l'acquisition et l'emploi de ces biens soient conformes aux lois de l'Etat de séjour ou aux accords spéciaux conclus avec les organisations compétentes de cet Etat.

En l'absence d'accords spéciaux, l'exportation des biens acquis dans les Etats alliés à la R. S. F. S. R. sera soumise aux lois et prescriptions de ces Etats.

- (3) the Socialist Soviet Republic of Georgia,
 (4) the Socialist Soviet Republic of Azerbaijan,
 (5) the Socialist Soviet Republic of Armenia and
 (6) the Republic of the Far East

— hereinafter referred to as States allied with the R. S. F. S. R. — on the other hand. As regards Article 2 of the Treaty of Rapallo, this shall be valid for the application down to April 16, 1922, of the laws and measures specified therein.

Article 2.

The German Government and the Government of the Socialist Soviet Republic of the Ukraine are agreed that the determination and settlement of such claims as may have arisen in favour either of the German Government or of the Government of the Ukraine since the conclusion of the state of war between Germany and the Ukraine during the period in which German troops were present in the Ukraine, shall be reserved.

Article 3.

All nationals of one of the Contracting Parties who are resident on the territory of the other Party shall enjoy complete legal protection of their persons in conformity with international law and with the general laws of the country of residence.

Nationals of the German Reich who enter the territory of the States allied to the R. S. F. S. R. in conformity with the passport regulations, or who are at present resident there, shall be granted inviolability in respect of all property taken with them and of all property acquired on the territory of the States allied with the R. S. F. S. R., provided that the acquisition and employment of that property is in accordance with the laws of the State of residence or with specific agreements made with the competent authorities of that State. The exportation of property acquired in the States allied to the R. S. F. S. R. shall, unless otherwise provided for in special agreements, be governed by the laws and regulations of the States allied to the R. S. F. S. R.

Article 4.

Les Gouvernements des Etats alliés à la R. S. F. S. R. sont autorisés à établir en Allemagne des bureaux commerciaux officiels dans les localités où se trouve leur représentation diplomatique ou une de leurs autorités consulaires. Ces bureaux commerciaux officiels auront le même statut juridique que la représentation commerciale russe en Allemagne. Au cas où ils feront usage de cette faculté, lesdits gouvernements seront tenus de reconnaître la validité des transactions légales passées par le directeur de leur bureau commercial ou par ses fondés de pouvoir, ces derniers dans la limite des pouvoirs qui leur ont été accordés.

Article 5.

En vue de faciliter les relations économiques entre le Reich allemand d'une part et les Etats alliés à la R. S. F. S. R. de l'autre, les Parties contractantes conviennent des principes suivants :

1. Les contrats (ainsi que les effets économiques de ces contrats) conclus entre des ressortissants du Reich allemand, des personnes morales allemandes ou des maisons de commerce allemandes d'une part, et les Gouvernements des Etats alliés à la R. S. F. S. R. ou leurs bureaux commerciaux officiels visés à l'article 4, ou les personnes physiques ou morales, ou les maisons de commerce ressortissant à ces Etats d'autre part, suivent les lois de l'Etat dans lequel ils ont été conclus et ressortissent à la juridiction de cet Etat. Cette disposition ne s'applique pas aux contrats conclus avant la mise en vigueur du présent Traité.

2. Les contrats visés au chiffre 1 peuvent être accompagnés d'une clause compromissoire. Ils peuvent également stipuler la juridiction de l'un des Etats contractants.

Article 6.

Les Etats alliés à la R. S. F. S. R. permettent aux personnes qui ont perdu la nationalité allemande après l'avoir possédée, ainsi qu'à leurs femmes et leurs enfants, de sortir du pays, si

Article 4.

The Governments of the States allied with the R. S. F. S. R. shall be entitled to establish, at places in Germany where they have diplomatic representatives or one of their consular agents, national trade offices which shall have the same legal status as the Russian trade delegation in Germany. In this case they shall recognise as binding upon themselves all legal acts performed either by the director of their trade office or by the officials invested by him with full powers, provided that such officials act in accordance with the full powers granted to them.

Article 5.

In order to facilitate economic relations between the German Reich on the one hand, and the States allied with the R. S. F. S. R. on the other hand, the following principles have been laid down :

(1) All agreements concluded between nationals of the German Reich, German legal persons, or German firms on the one hand, and the Governments of the States allied with the R. S. F. S. R., or their national trade offices mentioned in Article 4, or individuals, legal persons, or firms belonging to those States, on the other hand, and also the economic effects of such agreements, shall be dealt with according to the laws of the State in which they were concluded and shall be subject to the jurisdiction of that State. This provision shall not apply to agreements which were concluded before the coming into force of the present Treaty.

(2) The agreements mentioned under (1) may contain an arbitration clause. Provision may also be made in such agreements for bringing them under the jurisdiction of one of the contracting States.

Article 6.

The States allied with the R. S. F. S. R. shall allow persons who possessed German nationality but have since lost it, and also their wives and children, to leave the country,

elles peuvent prouver qu'elles vont aller se fixer en Allemagne.

Article 7.

Les représentants des Parties contractantes, ainsi que les personnes occupées par eux, sont tenus de s'abstenir de toute agitation ou propagande contre le Gouvernement ou les institutions nationales du pays de séjour.

Article 8.

Le présent Traité peut être dénoncé moyennant préavis de trois mois, pour autant qu'il s'agit des dispositions contenues dans les articles 3 à 6, ou des dispositions empruntées à l'article 4 du Traité de Rapallo.

La dénonciation peut être notifiée par l'Allemagne à l'un quelconque des Etats alliés à la R. S. F. S. R. et n'affecter que ses rapports avec cet Etat ; inversement, elle peut être notifiée à l'Allemagne par l'un quelconque de ces Etats et n'affecter que les rapports de cet Etat avec l'Allemagne.

Si le Traité dénoncé n'est pas remplacé par un traité de commerce, les Gouvernements intéressés seront autorisés à instituer, à l'expiration du délai de dénonciation, une commission de cinq membres chargée de liquider les opérations commerciales en cours. Les membres de cette commission seront considérés comme de simples agents, dépourvus de tout caractère diplomatique, et devront liquider les opérations en cours dans un délai maximum de six mois à courir du jour de l'expiration du présent Traité.

Article 9.

Le présent Traité sera ratifié. Des instruments spéciaux de ratification seront échangés entre l'Allemagne, d'une part, et chacun des Etats alliés à la R. S. F. S. R.

Immédiatement après cet échange, le présent Traité entrera en vigueur entre les Etats ayant pris part à l'échange.

Signé le 5 novembre 1922.

(L. S.) (Signé) MALTZAN. (Signed)
 (L. S.) (Signé) W. AUSSEM. (Signed)
 (L. S.) (Signé) N. KRESTINSKI. (Signed)

provided that proof is forthcoming that they are transferring their residence to Germany.

Article 7.

The delegations of both Parties and all persons employed in connection therewith shall refrain from any agitation or propaganda against the Government and national institutions of the country in which they reside.

Article 8.

This Treaty may, as regards the above Articles 3 to 6, and also as regards the corresponding application of Article 4 of the Treaty of Rapallo, be denounced on three months' notice being given.

Such denunciation may be notified by Germany to any one of the States allied with the R. S. F. S. R., to take effect only for her relations with that State and, conversely, by any one of these States to Germany, to take effect only for the relations between that single State and Germany.

If the Treaty thus denounced is not replaced by a commercial treaty, the Governments concerned shall be entitled, on the expiration of the period of notice, to appoint a commission of five members for the purpose of liquidating such business transactions as have already been commenced. The members of the commission shall be regarded as representatives of a non-diplomatic character and shall liquidate all transactions at latest within six months after the expiry of this Treaty.

Article 9.

This Treaty shall be ratified. Special instruments of ratification shall be exchanged between Germany on the one hand, and each one of the States allied with the R. S. F. S. R. on the other hand. Immediately the exchange is made, the Treaty shall enter into force as between the States taking part in the exchange.

Done on November 5, 1922.